# Ministerin Faeser will Deutsche Islamkonferenz fortsetzen

6. Mai 2022




Berlin (KNA) Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will den Austausch mit Muslimen im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz (DIK) vertiefen. Diese sei „das zentrale Forum für den Dialog des Staates mit Musliminnen und Muslimen“, sagte Faeser am Donnerstag in Berlin. Weiter betonte die Ministerin: Sie wolle die Gespräche „als wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt engagiert fortführen und fortentwickeln – und binde dabei muslimische Stimmen von Anfang an ein“. Sie äußerte sich bei einem Werkstattgespräch mit muslimischen Verbänden.

Die Deutsche Islamkonferenz wurde 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufen. Sie dient bislang als zentrale Dialogplattform zwischen Staat und Islam in Deutschland. Sie soll die religions- und gesellschaftspolitische Integration der schätzungsweise rund 5,5 Millionen Muslime voranbringen. Nach Angaben des Innenministeriums werden derzeit die Planungen für die fünfte Phase der DIK

vorangetrieben.

Die Islamkonferenz habe dazu beigetragen, „dass Musliminnen und Muslime heute selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind“, sagte Faeser weiter. Belege hierfür seien die Einführung von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, die Etablierung islamischer Theologie an öffentlichen Universitäten, die Teilhabe von Musliminnen und Muslimen in der Wohlfahrtspflege oder an gesellschaftlichen Debatten.

Zugleich verwies die Ministerin darauf, dass viele Musliminnen und Muslime in Deutschland Anfeindungen erlebten. Diese würden sie doppelt treffen: als Angehörige der islamischen Religion und oft auch als Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Faeser betonte, die DIK sei „auch das ganz klare Zeichen an alle, die das nicht hören oder akzeptieren wollen: Die Musliminnen und Muslime in Deutschland und ihre Religion sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft“. Der Staat nehme sich ihrer Anliegen an.

Erste Gespräche zur DIK unter der neuen Bundesregierung habe es bereits im März gegeben, hieß es weiter. Nun seien Themen wie „Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verhindern“ und „Strukturen muslimischer Selbstorganisation“ konkreter diskutiert worden.

© KNA

Beitragsbild:karlherl via pixabay.com

Stand: 18. November 2026